

Wie wirkt der verschärfte Standortwettbewerb auf die Stadt- und Regionalentwicklung? Einführung in die Thematik und Erläuterungen zum Aufbau des Sammelbandes

Rosenfeld, Martin T. W.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rosenfeld, M. T. W. (2012). Wie wirkt der verschärfte Standortwettbewerb auf die Stadt- und Regionalentwicklung? Einführung in die Thematik und Erläuterungen zum Aufbau des Sammelbandes. In A. Kauffmann, & M. T. W.

Rosenfeld (Hrsg.), *Städte und Regionen im Standortwettbewerb: neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik* (S. 2-11). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337491>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Martin T.W. Rosenfeld

Wie wirkt der verschärfte Standortwettbewerb auf die Stadt- und Regionalentwicklung? – Einführung in die Thematik und Erläuterungen zum Aufbau des Sammelbandes

S. 2 bis 11

Aus:

Albrecht Kaufmann, Martin T.W. Rosenfeld (Hrsg.)

Städte und Regionen im Standortwettbewerb

Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 238

Hannover 2012

Martin T. W. Rosenfeld

Wie wirkt der verschärfte Standortwettbewerb auf die Stadt- und Regionalentwicklung? – Einführung in die Thematik und Erläuterungen zum Aufbau des Sammelbandes

Gliederung

- 1 Problemstellung und Zielsetzungen
- 2 Konkretisierung des Untersuchungsdesigns

Literatur

1 Problemstellung und Zielsetzungen

Wettbewerb zwischen Städten oder Regionen ist sicherlich kein neues Phänomen. Ein Blick auf die historische Entwicklung zeigt, dass es nicht zuletzt zwischen einander benachbarten Städten, Kommunen und Regionen fast immer eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Rivalität um Ressourcen aller Art gab. Diese Rivalität ging vielfach bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen oder kam in dem Versuch lokaler und regionaler Körperschaften zum Ausdruck, durch die Nutzung von (in der Zuständigkeit von übergeordneten staatlichen Verbänden liegenden) Privilegien und Regulierungen wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem jeweiligen Nachbarn zu erreichen. Der interlokale und interregionale Wettbewerb war immer auch *Standortwettbewerb*, bei dem es darum ging, bewegliche wohlstandsfördernde Faktoren (in erster Linie: Unternehmen, Sachkapital, Bewohner, Humankapital) an einen Standort zu binden oder zu attrahieren.

Im Standortwettbewerb gibt es stets Gewinner und Verlierer. Einige Städte oder Regionen können dabei so stark verlieren bzw. zurückbleiben, dass das dann in ihnen erreichte geringe Wohlstandsniveau aus gesamtgesellschaftlicher Sicht als inakzeptabel bewertet wird. Speziell in Deutschland wurde deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen des im Grundgesetz verankerten Prinzips der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ bzw. – seit 1994 – der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ein System des „kooperativen Föderalismus“ und der „interregionalen Ausgleichspolitik“ (vgl. Rosenfeld 2008; Rosenfeld et al. 2007) etabliert, mit dem der Wettbewerb zwischen den Ländern, Regionen und Kommunen zumindest von der Intention her begrenzt wurde. Es gab und gibt Vorschläge, dieses System durch einen sog. Wettbewerbsföderalismus zu ersetzen, von dem aufgrund der mit einem erhöhten Wettbewerb unter den Gebietskörperschaften verbundenen verstärkten Leistungsanreize für die regionalen und lokalen Entscheidungsträger vielfach positive Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwartet werden. Derartige Versuche blieben hierzulande jedoch bislang weitgehend ohne Erfolg. Auch die Einführung einiger wettbewerblicher Elemente z. B.

bei der Vergabe von Fördermitteln¹ hat an diesem Sachverhalt bislang nichts geändert. Aber auch ohne entsprechende institutionelle Veränderungen deuten sich – und zwar im Wesentlichen als weltweites Phänomen – seit etwa zwei bis drei Jahrzehnten eine erhebliche Verstärkung sowie eine strukturelle Veränderung des Wettbewerbs zwischen den lokalen und regionalen Einheiten an. Vieles spricht dafür, dass sich die Bedingungen und die Qualität des interlokalen und interregionalen Wettbewerbs gegenüber früheren Zeiten deutlich verändert haben. Es ist zu vermuten, dass diese Veränderungen auch die Entwicklung von Städten und Regionen erheblich beeinflussen und in neue Richtungen lenken bzw. bereits gelenkt haben.

Die Veränderungen im Standortwettbewerb werden bzw. wurden durch Bestimmungsfaktoren auf drei Ebenen veranlasst, wie in Abb. 1 zusammenfassend dargestellt ist. Die **erste Ebene** von Einflussfaktoren beinhaltet veränderte Bedingungen für den Wettbewerb zwischen Unternehmen, die sich ihrerseits auf strukturelle Veränderungen auf den Güter-, Faktor- und Finanzmärkten zurückführen lassen. Dies bewirkt über die Standortansprüche der Unternehmen auch neue Bedingungen für den Wettbewerb zwischen den Städten und Regionen² – verschärfter Wettbewerb auf den Märkten überträgt sich auf die Bedingungen für Städte und Regionen als Standorte für Unternehmen.³

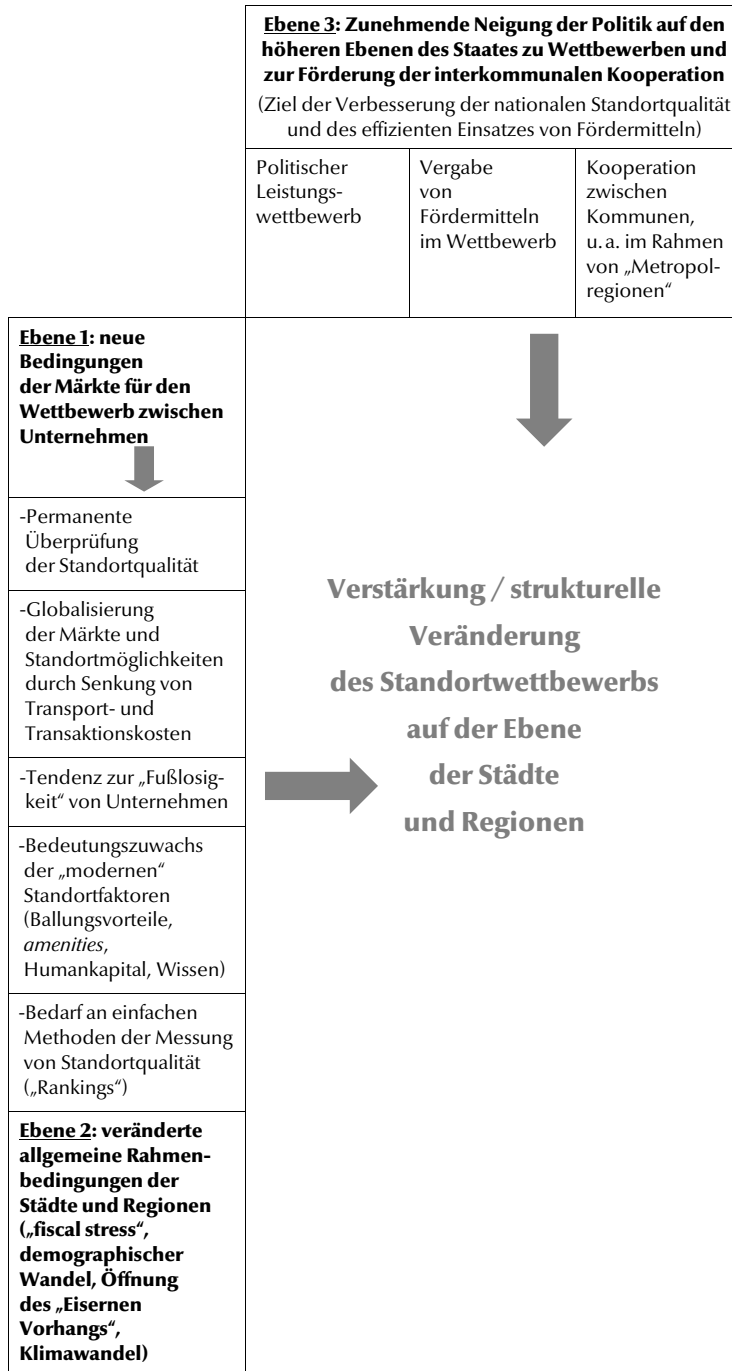
Die in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Veränderungen sowie die Verstärkung des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen zwingt diese, ihre Standortentscheidungen (zumindest hinsichtlich einzelner Betriebsstandorte oder hinsichtlich der Frage nach Eigenproduktion oder Zukauf von Vorprodukten) permanent neu zu treffen. Damit wird auch die an einem Standort jeweils gegebene *Standortqualität* ständig neu auf den Prüfstand gestellt – und muss von den lokalen bzw. regionalen Entscheidungsträgern fortlaufend verbessert werden. Maßgebliche „Treiber“ für die Veränderungen auf der Ebene der Unternehmen sind die vom technologischen Wandel, aber auch durch politische Maßnahmen zum Abbau von Handelsbarrieren bewirkte radikale Reduzierung von Transport- und Transaktionskosten und die hierdurch bedingte Tendenz einer zunehmenden Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung von *Wissen* und *Humankapital* für die Produktion. Zusätzlich spielt auch die zunehmende funktionale Spezialisierung von Standorten eine Rolle. Dispositive Funktionen („headquarters“) von Unternehmen können – ebenfalls wegen der gesunkenen Transport- und Transaktionskosten, verbunden mit einer Erleichterung der globalen Kommunikation – immer stärker von der eigentlichen Produktion von Gütern getrennt und tendenziell zunehmend räumlich konzentriert werden. In der Folge dieser strukturellen Veränderungen sind früher relevante Standortfaktoren wie z. B. naturräumliche Faktoren, Rohstoffvorkommen – zumindest relativ – entwertet worden. Andere Standortfaktoren treten zunehmend in den Vordergrund, auch wenn sie grundsätzlich bereits seit jeher wirksam waren und auch in der Wirtschaftstheorie

¹ Vgl. hierzu den Beitrag von Saller in diesem Band.

² Die Aussage von Porter: „Firms, not nations, compete in international markets“ (Porter 1990: 33) gilt analog auch für die Ebene von Städten und Regionen.

³ Hierzu und zum Folgenden vgl. die Wettbewerbstypologie von Mäding (2006), der auf der Ebene von Städten und Regionen zwischen „Wettbewerb als Schicksal“ und „Wettbewerb als Strategie“ unterscheidet.

Abb. 1: Determinanten für strukturelle Veränderungen des Standortwettbewerbs im Überblick



Quelle: Eigene Darstellung

thematisiert wurden. Als derartige „moderne“ (heute stärker als früher betonte) Standortfaktoren werden in der Literatur zumeist das Vorhandensein von *Ballungsvorteilen* aller Art, speziell das geballte Angebot hoch qualifizierter Fachkräfte, unternehmensbezogener Dienstleistungen, lokaler *amenities* einschließlich des Images einer Stadt oder Region (nicht zuletzt als „Lockmittel“ für die Attrahierung von Fachkräften, aber auch als Teil der Identität von Unternehmen) sowie die verkehrliche Erreichbarkeit angeführt. Gerade für die Ansiedlung von *headquarters* und für die Ausübung der dispositiven Unternehmensfunktionen sind diese „modernen“ Standortfaktoren von besonderer Bedeutung. Aufgrund der geschilderten Strukturveränderungen kam und kommt es zu einer Abnahme der Bindung von Unternehmen an bestimmte Standorte (Tendenz zu den sog. *footloose industries*) sowie zu einer dramatischen Erweiterung der Standortoptionen der Unternehmen (vgl. Mäding 2006: 274). Damit verstärkt sich auch der Wettbewerb zwischen den Standorten erheblich.

Ein wichtiges neues Element im Rahmen der mit den geschilderten Entwicklungen im Unternehmenssektor verbundenen Veränderungen im Standortwettbewerb ist darin zu sehen, dass heute jede Stadt und jede Region mit nahezu jeder anderen Stadt bzw. Region auf der Welt – oder zumindest in Europa oder in Deutschland – im Wettbewerb steht. Demgegenüber konzentrierte sich der traditionelle Standortwettbewerb stärker oder sogar vorwiegend auf die Auseinandersetzung zwischen jeweils benachbarten Gebietskörperschaften.

Die dargestellten Veränderungen – zunächst auf der Ebene des Wettbewerbs zwischen Unternehmen und sodann auf der Ebene des Standortwettbewerbs der Städte und Regionen – haben auch den Bedarf an Informationen hinsichtlich der an einem Ort jeweils gegebenen Standortqualität deutlich erhöht. Wenn sich jede Stadt und jede Region mit jeder anderen Stadt bzw. Region im Wettbewerb sieht, stellt sich für die jeweils zuständigen politischen Akteure die Frage, „wie man im Standortwettbewerb dasteht“. Diese Frage interessiert heute natürlich auch die Unternehmen und die privaten Haushalte, die sich für einen Betriebs- bzw. Wohnstandort zu entscheiden haben, wesentlich stärker als in früheren Zeiten. Früher wurden in erster Linie die absolute Zahl der Einwohner und die Einwohnerentwicklung einer Stadt im Zeitverlauf als allgemein sichtbare Zeichen ihrer Attraktivität verstanden. Heute gibt es ein komplexes Angebot von statistischen Daten, mit denen entsprechende Aussagen weitaus differenzierter und tendenziell auch Prognosen über die zukünftige Entwicklung einer Stadt oder Region abgeleitet werden können. Da die richtige Interpretation dieser Daten ökonomischen Sachverstand voraussetzt, ist in den letzten Jahren zunehmend das Instrument des *Städte- und Regionen-Rankings* populär geworden, bei dem zahlreiche statistische Kennzahlen auf wenige Werte reduziert werden können. Aus diesen wird dann eine „Rangordnung“ zwischen den territorialen Einheiten abgeleitet. Derartige Rankings erfreuen sich in der Öffentlichkeit einer großen Popularität. Insoweit tragen sie zum einen zur Steigerung der Auflagen jener Zeitschriften bei, in denen die Rankings verbreitet werden, was zu einer immer weiter um sich greifenden Ranking-Bewegung führt. Zum anderen erzeugen sie in erheblichem Maße eine weitere Verschärfung des Standortwettbewerbs, weil es sich keine Stadt oder Region erlauben kann, auf Dauer stets nur auf den untersten Rangplätzen zu landen.

Auf einer **zweiten Ebene** (s. wiederum Abb. 1) wird der Standortwettbewerb verändert bzw. verschärft durch den Wandel allgemeiner Rahmenbedingungen (jenseits des Wettbewerbs zwischen Unternehmen), mit dem sich die Städte und Regionen zunehmend konfrontiert sehen bzw. in den vergangenen Jahrzehnten sahen. Speziell die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas seit 1990 durch die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ ließe sich auch der ersten Ebene von Einflussfaktoren zuordnen. Denn durch die neuen Märkte im Osten sowie die neuen Möglichkeiten, dort zu produzieren, werden teilweise ähnliche Veränderungen ausgelöst wie durch die allgemeine Tendenz zum Abbau von Transport- und Transaktionskosten (u. a. Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren). Allerdings gehen die Auswirkungen der politischen Wende doch weit über diese Tendenz hinaus, insbesondere für die Städte und Regionen in Ostdeutschland sowie in Mittel- und Osteuropa, die von der Systemtransformation betroffen waren bzw. immer noch sind. Von daher werden diese Veränderungen der zweiten Ebene von Faktoren zugerechnet. In Anbetracht der Einmaligkeit dieser Ereignisse und der mit ihr verbundenen Notwendigkeit für Städte und Regionen, sich grundsätzlich neu zu positionieren, kann vermutet werden, dass die Effekte der Systemtransformation vielfach die anderen Wirkungszusammenhänge überlagern oder sogar dominieren.

Auf dieser zweiten Ebene des Standortwettbewerbs wirken diverse weitere säkulare Veränderungen, die für den Standortwettbewerb von Bedeutung sind. Hier seien explizit zwei Tendenzen angeführt: Der *demographische Wandel* im Sinne eines Rückgangs der Einwohner- bzw. Erwerbsfähigenzahlen in zahlreichen führenden Industrieländern erhöht den Wettbewerb der Standorte um Humankapital und fördert zusätzlich tendenziell die zentripetalen Kräfte. Der zunehmende Fachkräftemangel stärkt jene Standorte, die für qualifizierte Beschäftigte attraktiv erscheinen, weil sie ein gutes Image und eine gute Ausstattung mit *amenities* vorweisen können. Diese Tendenzen werden weiter verstärkt bzw. modifiziert durch die Erosion öffentlicher Finanzmittel (zunehmender *fiscal stress* der Gebietskörperschaften), nicht zuletzt aufgrund des vielfach bereits erreichten sehr hohen Verschuldungsgrades zahlreicher Gebietskörperschaften. In der Folge verfügen zunehmend nur noch die wirtschaftlich besonders prosperierenden Städte und Regionen über die erforderlichen Mittel, um die für den Standortwettbewerb relevante Infrastruktur auf dem Laufenden zu halten oder zu erweitern.

Die **dritte Ebene** von Determinanten für die Verschärfung des Standortwettbewerbs beinhaltet solche Veränderungen, die vonseiten der Politik auf den übergeordneten Ebenen des Staates mit dem Ziel veranlasst wurden bzw. werden, die Effizienz der eingesetzten Fördermittel zu erhöhen und/oder aus übergeordneter Sicht die Qualität von Standorten zu verbessern (wie in Abb. 1 dargestellt). Aus der Sicht einer gesamten Volkswirtschaft kann der Standortwettbewerb der Städte und Regionen mit Vorteilen, aber auch mit Nachteilen verbunden sein (vgl. Mäding 2006: 276). Nachteile zeigen sich, wenn aus dem Wettbewerb keine Steigerung der gesamten Wohlfahrt, sondern nur eine Umverteilung von Ressourcen zwischen verschiedenen Raumeinheiten resultiert. Ebenso negativ kann Wettbewerb wirken, wenn mit ihm eine Überversorgung (z. B. mit Einrichtungen der haushaltsnahen Infrastruktur) verbunden ist. Gesamtwirtschaftliche Vorteile kommen zustande, wenn der Standortwettbewerb dazu beiträgt, solche

Standorte zu profilieren und zu stärken, deren Qualität dann zu Gewinnen im internationalen Wettbewerb führt. Vor diesem Hintergrund spielen auch die oben bereits angedeuteten Veränderungen in der gesellschaftlichen und politischen Interpretation der gewünschten interregionalen Gleichwertigkeit bzw. des zulässigen Grades an Wettbewerb zwischen Städten und Regionen eine Rolle. Diese Veränderungen mündeten hierzulande bislang zwar nur in vom Umfang her sehr überschaubare Reformen des föderativen Staatsaufbaus. Dennoch zeichnet sich ab, dass Politik und Verwaltung das Instrument des Wettbewerbs zunehmend verwenden, wenn es um die räumliche Allokation von Finanzmitteln der übergeordneten staatlichen Ebenen geht. So zeigen sich in den letzten zwei Jahrzehnten Tendenzen zum gezielt organisierten politischen Leistungswettbewerb und zur Verteilung von staatlichen Fördermitteln an Städte und Gemeinden im Rahmen wettbewerblicher Vergabeverfahren.

In der Praxis konzentriert sich der *politische Leistungswettbewerb* auf die sog. Städte-, Dorf- und Regionenwettbewerbe, die von der EU und von diversen Ministerien auf der Bundes- und Landesebene, aber auch von Verbänden und Stiftungen ausgelobt werden (vgl. Mäding 2006: 278). Speziell für die Ministerien steht dabei das Ziel im Vordergrund, Informationen darüber einzuholen, welche lokalen oder regionalen Aktivitäten in bestimmten Politikfeldern in besonderem Maße bereits so weit gediehen sind, wie es den politischen Zielsetzungen entspricht. Weiterhin wird das Ziel verfolgt, Kommunen und Regionen zu veranlassen, bestimmte politisch gewollte regionalpolitische Ziele zu verfolgen. Darüber hinaus bietet u. a. die mit einem politischen Leistungswettbewerb stets verbundene Preisverleihung den jeweiligen politischen Funktionsträgern die Gelegenheit, sich werbewirksam in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Anders als beim politischen Leistungswettbewerb geht es bei der *wettbewerblichen Vergabe von Fördermitteln* speziell an die kommunale Ebene nicht darum, *einen* Gewinner zu küren. Vielmehr kann es zahlreiche Gewinner geben, aber eben auch Verlierer, sofern die Kommunen den Anforderungen der jeweiligen Ausschreibung nicht hinreichend nahekommen.

Für die gesamte Volkswirtschaft kann es auch von Vorteil sein, wenn innerhalb von funktionalen Regionen die interkommunale Konkurrenz vermindert wird, sodass die betreffenden Regionen nach außen hin mit einer Stimme auftreten, ihre Potenziale bündeln und gegenüber den (inter-)nationalen Wettbewerbern damit deutlicher sichtbar werden können. Entsprechende Kooperationen werden auch unter dem Schlagwort der „Strategischen Regionsbildung“ diskutiert und erfolgen in jüngster Zeit nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Formierung von *Metropolregionen* innerhalb bzw. im Umfeld der großen Ballungsräume. Solche Kooperationen beschränken sich in aller Regel auf bestimmte Bereiche des kommunalen Aufgabenspektrums, während in anderen Bereichen weiterhin Konkurrenzbeziehungen zwischen den beteiligten Kommunen bestehen (Situation der sog. *Coopetition*). Kooperationen werden vielfach auch oder in erster Linie von den betreffenden Kommunen selbst angestrebt, sodass es hier zu einer Deckungsgleichheit zwischen den Interessen der nationalen und der lokalen Ebene kommen kann. Im Ergebnis der Kooperation kommt es zwischen den resultierenden Zusammenschlüssen von Kommunen zu einem Wettbewerb auf gleichsam höherem Niveau – noch stärker sind hiervon jene Gebietseinheiten betroffen, die keiner größeren Regionseinheit angehören und gleichsam „zwischen den Stühlen sitzen“.

Vor dem skizzierten (und in Abb. 1 synoptisch dargestellten) Hintergrund stellen sich zunächst die Fragen nach einer Konkretisierung der angedeuteten Veränderungen im Standortwettbewerb sowie nach den ihnen zugrunde liegenden Ursachen. Weiterhin ist zu fragen, welche Konsequenzen sich aus den Veränderungen im Standortwettbewerb bislang bereits für die wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Standortpolitik von Städten und Regionen ergeben haben. Schließlich muss diskutiert werden, ob und inwieweit die strukturellen Veränderungen des Standortwettbewerbs sowohl auf der Ebene einzelner Städte und Regionen als auch im Rahmen der Raumentwicklungspolitik des Bundes und der EU gegenwärtig hinreichend Beachtung finden und mit welchen Strategien etwaigen – aus gesamtgesellschaftlicher Sicht – negativen Konsequenzen ggf. zukünftig begegnet werden sollte. Hinsichtlich dieser Fragestellungen besteht ein erheblicher Forschungsbedarf. In vorliegenden Studien werden überwiegend immer nur einzelne Aspekte der zuvor im Überblick dargestellten Veränderungen des Standortwettbewerbs behandelt. Es fehlt an einer integrierten Betrachtung. Zwar werden die einzelnen Tendenzen vielfach ausführlich beschrieben; eine Konkretisierung für die lokale und regionale Ebene findet aber kaum statt. Umgekehrt gehen vorliegende Fallstudien zur Stadt- und Regionalentwicklung zumeist nicht systematisch auf die Tendenzen der Veränderungen im Standortwettbewerb ein. Mit den Beiträgen des vorliegenden Sammelbands soll versucht werden, die angeführten Lücken in der bisherigen Forschung zumindest teilweise zu schließen.

2 Konkretisierung des Untersuchungsdesigns

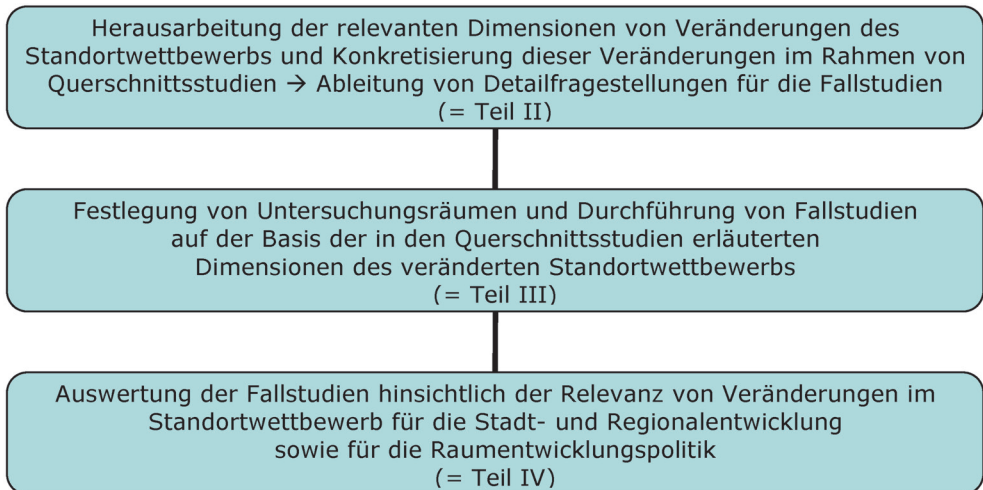
Gemäß den soeben erläuterten Fragestellungen werden zunächst in Teil II dieses Sammelbandes im Rahmen von Querschnittsstudien die verschiedenen Dimensionen der Veränderungen im Standortwettbewerb sowie die ihnen zugrunde liegenden Bestimmungsgründe detailliert erörtert. Hierauf aufbauend wird zudem gefragt, was allgemein – unabhängig von den konkreten Randbedingungen individueller Städte und Regionen – aus diesen Tendenzen für die Entwicklung vor Ort jeweils abzuleiten ist. In Teil III wird mithilfe von Fallstudien aus der Sicht einzelner Städte und Regionen den Fragen nachgegangen, (a) inwieweit sich dort jeweils die erwarteten Auswirkungen der Veränderungen im Standortwettbewerb nachweisen lassen, und (b) wie die jeweils zuständigen politischen Akteure hierauf bislang reagiert haben. Zuletzt geht es im abschließenden Teil IV um allgemeine Schlussfolgerungen aus den Fallstudien. Abbildung 2 stellt dieses Untersuchungsdesign zusammenfassend dar.

Für das in den Beiträgen des Teils II untersuchte Zustandekommen der Veränderungen im Standortwettbewerb und des erhöhten Wettbewerbsdrucks dürften – wie oben erläutert wurde – zunächst die langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche der vergangenen Jahrzehnte verantwortlich sein (erste Ebene der Einflussfaktoren). In den Beiträgen von Blume sowie Kauffmann wird diesen Tendenzen näher nachgegangen, wobei Blume in einem Gesamtüberblick eine Erläuterung der Wirkungsweise aller maßgeblichen Faktoren gibt. Kauffmann konzentriert sich mit einer modelltheoretischen Betrachtung auf die Veränderungen der – für die betrachteten Tendenzen besonders relevanten – Bedeutung von Transportkosten für die Entwicklung von Städten auf verschiedenen zentralörtlichen Hierarchiestufen. Die Tendenz

zur Reduzierung des Standortwettbewerbs und der Standortqualität auf einzelne „Rangziffern“ – wie sie von den Unternehmen und der allgemeinen Öffentlichkeit zunehmend gewünscht wird und zur weiteren Verstärkung des Standortwettbewerbs beiträgt – fordert aus wissenschaftlicher Sicht zu Kritik heraus. Diese wird im Beitrag von Klüter zum Ausdruck gebracht.

Die auf der zweiten Ebene der Einflussfaktoren des Standortwettbewerbs wirksamen Faktoren (zunehmender *fiscal stress*, demographischer Wandel, Fall des „Eisernen Vorhangs“, Klimawandel) als allgemeine Veränderungen von Rahmenbedingungen der Stadt- und Regionalentwicklung werden in den Querschnittsstudien des Teils II nicht explizit erörtert, wohl aber im Kontext der Fallstudien aufgegriffen (in Teil III, s. dazu weiter unten).

Abb. 2: Darstellung des gewählten Untersuchungsdesigns



Quelle: Eigene Darstellung

Mit den oben als Einflussfaktoren der dritten Ebene zusammenfassend charakterisierten Veränderungen in der Lenkung des Wettbewerbs zwischen Städten und Regionen durch die Politik auf Länder- und Bundesebene befassen sich drei Beiträge: Von der Tendenz des zunehmenden politischen Leistungswettbewerbs handelt der Beitrag von Benz und Böcher. Saller geht in seinem Beitrag den Fragen nach, in welchem Umfang in den vergangenen Jahren wettbewerbliche Ansätze Eingang in die Vergabe von Fördermitteln staatlicher Stellen an die kommunale Ebene gefunden haben, und welche Effekte hiervon zu erwarten sind. Mäding befasst sich mit den Strukturelementen des neu entstandenen institutionellen Arrangements der interkommunalen Kooperation im Rahmen von Metropolregionen. Im Zentrum seines Beitrags stehen die Vorteile für die Stadt- und Regionalentwicklung, die mit einer solchen Kooperation im Zusammenspiel mit den anderen Elementen des veränderten Standortwettbewerbs verbunden sein können, sowie die verschiedenen Entscheidungsfelder, über deren Ausgestaltung die

für ein Vorhaben der interkommunalen Kooperation jeweils zuständigen politischen Akteure zu befinden haben.

Welche Rolle spielen die in den Querschnittsstudien erörterten Strukturen des Standortwettbewerbs und ihre in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Veränderungen in der Realität für die Stadt- und Regionalentwicklung? In Teil III geht es darum, diese Frage auf der Grundlage empirischer Evidenz zu beantworten. Hierbei soll insbesondere illustriert werden, welche Relevanz den folgenden allgemeinen Hypothesen zukommt:

1. Aufgrund der veränderten Bedingungen des Standortwettbewerbs dürften sich die wirtschaftliche Position und die Wettbewerbsfähigkeit der Städte und Regionen verschoben haben; jene Städte und Regionen, deren Standortqualitäten in besonderem Maße den heutigen Anforderungen entsprechen, werden sich günstiger entwickelt haben als andere Städte und Regionen.
2. Städte und Regionen werden auf die veränderten Strukturen des Standortwettbewerbs und auf die Veränderungen der maßgeblichen Standortfaktoren mit teilweise neuartigen Strategien und/oder mit einer Veränderung ihrer bisherigen Aktivitäten reagiert haben, die sie zwecks Attrahierung mobiler Faktoren (v. a.: Unternehmen und Sachkapital; Bewohner und Humankapital) einsetzen.
3. Neben den veränderten Bedingungen der Märkte für den Wettbewerb zwischen Unternehmen (Ebene 1) sowie der Tendenz der Politik, gezielt für mehr Wettbewerb zwischen Städten und Regionen zu sorgen (Ebene 3), dürften aufgrund der Einmaligkeit und der Schärfe der Einschnitte zumindest in Deutschland und Europa auch der 1989 eingeleitete Systemwechsel und die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ (als Elemente der Ebene 2) eine erhebliche Rolle gespielt und ggf. andere Veränderungen des Standortwettbewerbs überlagert oder sogar dominiert haben.

Beim Versuch einer empirischen Identifizierung der erwarteten Veränderungen ergibt sich das Problem, sie von den Auswirkungen anderer Einflussfaktoren zu isolieren. Als Ausweg bietet sich ein exploratives Vorgehen an. Im Rahmen von Fallstudien zu ausgewählten Städten und Regionen wird zunächst untersucht, in welchen Bereichen es in der jüngeren Vergangenheit in den untersuchten Raumeinheiten zu veränderten Aktivitäten der politischen Akteure sowie zu einer deutlichen Veränderung der jeweiligen wirtschaftlichen Situation gekommen ist. Sodann wird geprüft, ob und inwieweit diese Veränderungen auf die neuen Bedingungen des Standortwettbewerbs (auf einer der drei in Abb. 1 synoptisch dargestellten Ebenen) zurückzuführen sind.

Hinsichtlich der Auswahl von Fallstudien-Städten/-Regionen wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt: Es sollten Städte/Regionen aus den alten ebenso wie aus den neuen Bundesländern Berücksichtigung finden, es sollten Städte unterschiedlicher Größenordnung ebenso wie eher ländlich strukturierte Regionen einbezogen werden, zudem sollten einige Städte und Regionen aus dem Ausland in die Untersuchung aufgenommen werden. Gleichzeitig ergab sich aus dem intendierten explorativen Vorgehen, dass nur eine begrenzte Zahl von Fallstudien Berücksichtigung finden konnte. Zudem standen nur begrenzte finanzielle Ressourcen zur Verfügung, sodass die Existenz von Studien zu bestimmten Städten/Regionen oder von spezieller wissenschaftlicher

Expertise zu diesen Raumeinheiten ein weiteres – pragmatisches – Kriterium für die Eingrenzung der empirischen Untersuchungen war. Im Ergebnis der Anwendung dieser Kriterien wurden folgende Fallstudien-Städte/-Regionen ausgewählt: die Bundeshauptstadt Berlin (Bearbeiter: Geppert und Gornig), die Hansestadt Hamburg (Bearbeiter: Stiller), die Bundesstadt Bonn (Bearbeiter: Schönert), die Messestadt Leipzig (Bearbeiter: Rosenfeld und Kohler), die Bodenseeregion mit den größeren Städten Konstanz, Friedrichshafen und St. Gallen (Bearbeiter: Scherer), der Agglomerationsraum Linz (Bearbeiter: Maier et al.), die Region Kärnten unter besonderer Berücksichtigung der Städte Klagenfurt und Villach (Bearbeiter: Döring und Aigner) sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm (Bearbeiter: Becker und Weingarten). In einem Einleitungsteil zu Teil III werden diese Fallstudien-Einheiten von Köller zusammenfassend und vergleichend anhand von Daten der amtlichen Statistik charakterisiert, um dem Leser eine Übersicht über das Gesamtspektrum des Untersuchungsraums und über gemeinsame wie unterschiedliche Entwicklungstendenzen der Fallstudien-Einheiten zu geben. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension legten alle Bearbeiter ihren Studien den Zeitraum von 1990–2010 zugrunde. Eine Auswertung der Fallstudien, die von den Bearbeitern gemäß einem gemeinsam entwickelten, einheitlichen Analyseraster durchgeführt wurden, in Bezug auf die drei oben erläuterten allgemeinen Hypothesen wird im abschließenden Teil IV durchgeführt; hier wird auch auf die politischen Implikationen sowie auf weiterführende Forschungsfragen eingegangen, die sich aus den vorliegenden empirischen Befunden ergeben.

Literatur

- Mäding, H. (2006): Städte und Regionen im Wettbewerb – ein Problemaufriss. In: Jann, W.; Röber, M.; Wollmann, H. (Hrsg.): Public Management – Grundlagen, Wirkungen, Kritik, Reichard-Festschrift. Modernisierung des öffentlichen Sektors 26. Berlin, 271-283.
- Porter, M. E. (1990): The Competitive Advantage of Nations. London und Basingstoke.
- Rosenfeld, M. T.W. (2008): (Wie) lassen sich „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Deutschland erreichen? Bisherige Ergebnisse und die Zukunft der interregionalen Ausgleichspolitik. In: Deutschland Archiv, Jg. 41, 2 / 2008. Bonn, 792-799.
- Rosenfeld, M. T.W.; Alecke, B.; Franz, P.; Heimpold, G.; Kilper, H.; Kunkel, K.; Untiedt, G. und Zillmer, S. (2007): Interregionale Ausgleichspolitik in Deutschland: Untersuchungen zu den Effekten ausgewählter Systeme zur Herstellung von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“. IWH Sonderheft, 2 / 2007. Halle.